Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf

am 28. August 2002

TOP 1 Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

Es sind keine Bürger anwesend.

TOP 2 Feststellung der TO

Die CDU-Fraktion beantragt das Sitzungsende auf 18.00 Uhr festzulegen.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:
Acht Stimmen für den Antrag, vier Gegenstimmen, zwei Enthaltungen.
Der Antrag ist angenommen.

Die FDP-Fraktion beantragt die **Drs. 25/II, 37/II(neu)** und **270/II** auf die nächste Ausschuss-Sitzung zu vertagen. Zu Drs. 270/II wird angemerkt, dass sich in der BVV noch ein weiterer Antrag zur Überweisung in den Ausschuss befindet.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagungen abstimmen:

Drs. 25/II Grundstück Grabertstraße:
Acht Stimmen für die Vertagung, sieben Gegenstimmen.
Dem Antrag ist stattgegeben.

Drs. 37/II (neu) Umbenennung der Treitschkestraße:
Acht Stimmen für die Vertagung, sieben Gegenstimmen.
Dem Antrag ist stattgegeben.

Drs. 270/II Nutzung von Bürgerbüros von freien Trägern:
Acht Stimmen für die Vertagung, sieben Gegenstimmen.
Dem Antrag ist stattgegeben.

Die Vorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob es Einwände gegen eine Vorverlegung des TOP 7 gibt: Die Dozentenvertreter der VHS müssen die Kurs-Anmeldungen von Bürgern entgegennehmen. Es gibt keine Einwände, den TOP 7 vor dem TOP 5 zu behandeln.

TOP 3 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 22.05.2002 und 26.06.2002

Zum Protokoll vom **22.05.2002**, zu TOP 3, bittet die SPD-Fraktion um folgende Ergänzung: Die Drs. 190/II wurde zurückgestellt und auf die Juli-Sitzung verschoben.

Das Protokoll wird mit dieser Änderung angenommen.

Zum Protokoll vom **26.06.2002**, bittet die SPD-Fraktion um folgende Änderung:

- Seite 2, 5 Satz, drittletzter Satz: Statt „Die Grünen-Fraktion hinterfragt den Umgang..“, muss es heißen „Die **SPD-Fraktion** hinterfragt...“

- Seite 3, 2 Absatz: Statt „Die CDU-Fraktion spricht Herrn Schrader...“, muss es heißen „Die **SPD-Fraktion** spricht Herrn Schrader...“

Die Grünen-Fraktion bittet auf Seite 1 zu TOP 2, den Namen Häusling durch den Namen Gebler zu ersetzen.

Das Protokoll wird mit den genannten Änderungen angenommen.

TOP 4 Mitteilungen und Termine

Die FDP-Fraktion spricht die in der Sitzung vom 26. Juni 2002 angesprochenen Lehr- und Lernmittelverteilung an und bittet um zusätzliche Information. Da kein Mitglied des Bezirksamtes anwesend ist, wird die Anfrage zu Protokoll genommen.

TOP 7 Zukunft der VHS

Frau Schwarz, LuV-Leiterin für den Fachbereich Bildung verweist zunächst auf die verteilten Einladungen zur Podiumsdiskussion und dem sich anschließenden Hoffest am 07.09.2002.

Zum Fachbereich DAF (Deutsch als Fremdsprache) wird berichtet, dass das neue Zuwanderungsgesetz größere Auswirkungen auf den Bereich haben wird.

Weiterhin wird ausgeführt, dass über die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport eine Anbietergemeinschaft (bestehend aus den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg), ein befristetes Pilotprojekt für den Sprachverband durchführt, gebildet wurde. Jedoch bemüht sich der VHS-Verband alle VHS der Bundesrepublik gebündelt als Träger für die Sprachkurse zuzulassen. Die VHS Steglitz-Zehlendorf hat bereits ihr Interesse gegenüber der BVV und der Senatsverwaltung bekundet.

Ein weiteres Problem stellt die Finanzierung der Sprach- und Orientierungskurse da. Festgelegt wurde bisher, dass der Bund für den einen Teil von 300 Stunden aufkommen soll, die Länder für die restlichen Teil von 300 Stunden, doch liegt die Schwierigkeit bei der Umsetzung.

Zum Bereich Planmengen- und Budgetierungsverfahren führt Frau Schwarz die schwierige finanzielle Lage für die Jahre 2003/2004 aus.

Zur Honorarerhöhung für die Dozenten/innen berichtet Frau Schwarz über den bisherigen Einsatz sich für eine Erhöhung auszusprechen, dieser fand jedoch keine Mehrheit in der Bezirksstadträtesitzung. Ab dem 04.08.2002, führt Frau Schwarz weiter aus, wird nun eine neue Honorarordnung eingeführt, die der VHS Probleme bei der Umsetzung bereiten wird.

Die CDU-Fraktion appelliert, Bereiche mit Zuwachs der VHS nicht aufgrund der neuen Kostenrechnung einzudämmen.

Die SPD-Fraktion fragt, ob die Honorarverträge auch für die Musikschule gelten, dies wird jedoch verneint.

Weiterhin berichtet Frau Schwarz zum Bereich „Weiterbildung“ von einer beabsichtigten Gründung einer Verwaltungsholding, die jedoch die VHS immer unselbständiger werden lässt.

TOP 5 Anträge

Drs. Nr. 190/II Wettbewerb zum Thema „Zu Hause in der Welt, miteinander leben, einander verstehen“

Die Vorsitzende erklärt, dass die GO nicht eingehalten wurde und sich der federführende Jugendhilfeausschuss bereits mit der Drs. beschäftigt hat, obwohl die Vorlage zunächst im Ausschuss für Bildung, Kultur, Bürgerdienste und Frauen beraten werden muss.

Die Vorsitzende fragt, ob die antragstellende Fraktion die in der Drs. erwähnten Unterlagen des „Reinickendorfer Konzeptes“ vorlegen könne, woraufhin die FDP-Fraktion erklärt, die antragstellende Fraktion habe keine 1:1 Umsetzung des Modells beantragt. Daher seien diese Konzepte irrelevant. Andere Unterlagen seien nicht vorhanden.

Die CDU-Fraktion geht erklärend auf den von ihr gestellten Antrag ein und fügt hinzu, dass der Antrag bereits sowohl im Sportausschuss als auch im Jugendhilfeausschuss einstimmig beschlossen wurde.

Nach einer kontroversen Diskussion bezüglich des Werdeganges des Antrages, erklärt die FDP-Fraktion, dass nach ihrer Auffassung im „Reinickendorfer Modell“ sowohl die Lehrer als auch die Schüler in ihrer Kreativität eingeschränkt werden. Aufgrund dessen wird der Bezug auf das Reinickendorfer Modell abgelehnt. Es wird angeregt, dass das Bezirksamt ein Konzept erarbeitet, welches die Komponenten Kreativität und Freiheit beeinhalten sollte.

Die FDP-Fraktion beantragt die Hinzufügung von Anführungszeichen im zweiten Satz des Antrages: ...zum Thema „Gegen Extremismus für Toleranz“ ...
Dies wird von der antragstellende Fraktion so angenommen.

Die Vorsitzende lässt über den leicht geänderten Antrag abstimmen:
Zehn Stimmen für den Antrag, keine Gegenstimmen, vier Enthaltungen.
Der Antrag ist somit angenommen.

Die Vorsitzende bittet abschließend, dass ein Vergleich zwischen dem vom Bezirksamt erarbeiteten Konzept und dem Reinickendorfer Modell dem Ausschuss vorgelegt wird.

Drs. Nr. 267/II(neu) **Ausstellung „Aktion 3“ Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokument zur Arisierung**

Die Antragstellerin, Frau Wagner, appelliert an die Ausschussmitglieder, die Wanderausstellung, zusätzlich ausgestattet mit einem Begleitprogramm, in den Bezirk zu holen - für den diese Ausstellung kostenneutral sein wird - um Schüler und Studenten an die Thematik heranzuführen.

Die SPD-Fraktion kritisiert die Formulierung des Antrages. Hier werde dem Bezirk zwingend auferlegt zu handeln.

Die SPD-Fraktion formuliert deshalb folgenden Änderungsvorschlag: „Das Bezirksamt wird ersucht, baldmöglichst die o.g. Wanderausstellung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf zu zeigen und sie während der Ausstellungsdauer angemessen zu betreuen.“

Zudem bleibt im Antragstext offen, was passiert, wenn keine Sponsoren gefunden werden, merkt die SPD-Fraktion weiter an. Sie regt an, sich zunächst auf die Ausstellung ohne Begleitprogramm zu beschränken.

Die Grünen-Fraktion formuliert ihrerseits folgenden Änderungsvorschlag:
„Das BA wird ersucht, alle Möglichkeiten zu prüfen, ob baldmöglichst die o.g. Wanderausstellung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf gezeigt werden kann und ob sie während der Ausstellungsdauer angemessen betreut werden kann.“

Die FDP-Fraktion merkt an, dass zu wenig bekannt sei über die Ausstellung und schlägt vor, dass sich die Mitglieder des Ausschusses die Ausstellung im Oktober ansehen, um sich dann mit mehr Hintergrundwissen dem Antrag zu widmen.

Die CDU-Fraktion betont die Wichtigkeit der Kostenneutralität der Ausstellung für den Bezirk und beantragt diesen Punkt in die Neuformulierung mit aufzunehmen.

Nach einer Diskussion der Fraktionen über den Titel der Ausstellung, lässt die Vorsitzende über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:
Sieben Stimmen für den Antrag, acht Gegenstimmen.
Der Antrag ist abgelehnt.

Die Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag der FDP-Fraktion mit Fristsetzung (Ende Dezember 2002) und dem Zusatz der Kostenneutralität abstimmen: Vier Stimmen für den Antrag, sieben Gegenstimmen, zwei Enthaltungen.
Der Antrag ist abgelehnt.

Die Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, mit dem Zusatz der Kostenneutralität jedoch ohne Fristsetzung, abstimmen:
Sechs Stimmen für den Antrag, eine Gegenstimme, sechs Enthaltungen
Der Antrag ist angenommen.

TOP 8 Verschiedenes

Es werden keine Punkte genannt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.00 Uhr.

Berlin, den 12. November 2002

Vorsitzende: BV Franke-Dressler
Protokollaufnahme: Frau Anschütz